

Frauenfeindliches Regime im Iran

Gewalt gegen Frauen stoppen!

In den letzten Jahrzehnten haben tausende Iranerinnen ihren Einsatz für Demokratie und Frauenrechte mit dem Leben bezahlt. In keinem anderen Land wurden so viele Frauen inhaftiert, gefoltert und hingerichtet wie im Iran. Die Machthaber gehen mit äußerster Brutalität gegen die Frauen vor, die sich gegen die Diktatur stellen. Das Regime demonstriert seine extreme Frauenfeindlichkeit, indem es Aktivistinnen der Protestbewegung grausam verfolgt und bestraft.

Bei den Massenprotesten im Herbst 2022 wurden viele Demonstrantinnen von Regimetruppen zu Tode geprügelt, erschossen oder schwer verletzt. Zahllose Frauen und Mädchen wurden in die Gefängnisse verschleppt und mit grausamer Folter gequält. Die Unterdrückung dauert an: Täglich werden Aktivistinnen verhaftet und in Schauprozessen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Mit Giftanschlägen auf Mädchenschulen greift das Regime Schülerinnen an, die besonders aktiv für Freiheit protestieren.

Gewaltsam durchgesetzter Schleierzwang verletzt die Würde von Frauen und Mädchen

Mit neuen frauenfeindlichen Gesetzen und Unterdrückungsmethoden will das Regime die Zwangsverschleierung gewaltsam durchsetzen. Den Frauen, die sich dem Zwang nicht beugen, drohen immer härtere Strafen, darunter jahrelange Haft.

Nach dem Völkerrecht verstößt der Schleierzwang gegen grundlegende Menschenrechte. Er verletzt die Würde von Frauen und Mädchen und stellt eine grausame und erniedrigende Behandlung dar, die nach dem Völkerrecht grundsätzlich verboten ist und der Folter gleichkommt.

„Das verschärfte Vorgehen gegen Frauen, die sich der Zwangsverschleierung widersetzen, zeigt: Die iranischen Behörden missachten die Menschenwürde und die Rechte von Frauen und Mädchen auf Selbstbestimmung, Privatsphäre, freie Meinungsäußerung sowie Religions- und Weltanschauungsfreiheit. (...) Die internationale Gemeinschaft darf nicht tatenlos dabei zusehen, wie die iranischen Behörden ihre Unterdrückung von Frauen und Mädchen weiter verstärken. Die Staaten sollten iranische Beamte für die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen und Mädchen juristisch zur Rechenschaft ziehen.“

Agnès Callamard, internationale Generalsekretärin von Amnesty International, 26.07.2023

Freiheitsaktivistinnen in Gefahr

Drohende Todesstrafe: Mutter wegen „Blasphemie“ angeklagt, weil sie gegen die Misshandlung ihrer Tochter protestiert



Die 17-jährige Schülerin Bita Shafiei-Rad und ihre Mutter Maryam Abbasi-Nikou (42), die in der Stadt Shahinshahr (Zentraliran) leben, sind Verfolgung, Gefangenschaft und Folter ausgesetzt, weil sie für Freiheit und Frauenrechte eintreten. Bita hat im April 2023 gemeinsam mit anderen Schülerinnen gegen die Giftgasanschläge protestiert, mit denen Mädchenschulen im Iran monatelang angegriffen wurden. Bita wurde verhaftet, im Gefängnis misshandelt und erst nach mehreren Tagen vorläufig freigelassen.

Maryam Abbasi-Nikou hat im Internet gegen die Verhaftung und Misshandlung ihrer Tochter protestiert. Aus diesem Grund wurde sie Ende Juni vom Geheimdienst des Regimes in das Dowlatabad-Gefängnis von Isfahan verschleppt. Im August wurde sie wegen angeblicher „Blasphemie“ angeklagt. Somit droht ihr die Todesstrafe.

Lehrerin droht jahrelange Gefängnisstrafe, weil sie sich gewerkschaftlich und menschenrechtlich engagiert



In der nordostiranischen Provinzhauptstadt Mashhad droht der Lehrerin Atekeh Rajabi eine jahrelange Gefängnisstrafe. Die Grundschullehrerin engagiert sich in der Lehrgewerkschaft und unterstützt die Protestbewegung für Freiheit. Sie protestiert immer wieder gegen

die Inhaftierungen von Mitgliedern der Lehrgewerkschaft und die gewaltsamen Angriffe von Regimetruppen auf Schüler und Lehrer, die sich für ihre Rechte einsetzen.

Im Januar 2023 wurde Atekeh Rajabi wegen ihrer Regimekritik aus dem Schuldienst entlassen. Im Mai wurde sie für mehrere Tage in einem Gefängnis des Regime-Geheimdienstes in Mashhad festgehalten. Anschließend wurde sie angeklagt und muss sich nun wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ vor einem Gericht verantworten.

Journalistinnen in unrechtmäßiger Gefangenschaft



Die Journalistinnen Nilufar Hamedi und Elaheh Mohammadi sind seit fast einem Jahr in Teheran in unrechtmäßiger Gefangenschaft. Sie gehörten zu den Ersten, die im September 2022 über den Tod von Mahsa Amini nach Misshandlungen durch die Sittenpolizei berichteten. Die Regime-Justiz hat die beiden Journalistinnen wegen „Spionage und Rebellion gegen die Staatssicherheit“ angeklagt, ein Vorwurf, der mit der Todesstrafe geahndet werden kann.

Die Frauen, die im Iran unter Einsatz ihres Lebens für Freiheit und Gleichberechtigung kämpfen, brauchen internationale Unterstützung und Schutz. Für sie ist unsere Hilfe lebenswichtig.

IRAN - Menschenrechte verteidigen!

Familien von Opfern des Regimes sind grausamer Unterdrückung ausgesetzt



Familienangehörige fordern Gerechtigkeit

Im Herbst 2022 haben Regimetruppen im Iran brutale Gewalt angewendet, um die Massenproteste gegen die Diktatur niederzuschlagen. Dabei wurden mindestens 750 Männer, Frauen und Kinder getötet. Immer mehr Familien fordern Gerechtigkeit für ihre getöteten Angehörigen und zeigen öffentlich Solidarität mit der Protestbewegung. Die Familien erinnern mit Andachten und Mahnwachen an die Opfer. Sie fordern, dass die für die Unterdrückung verantwortlichen Regime-Funktionäre strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Um erneute Demonstrationen zu verhindern und die Bevölkerung einzuschüchtern, verschärft das Regime die Repressalien gegen die Familien. Sie werden bedroht, eingeschüchtert, willkürlich verhaftet und wegen angeblicher „Gefährdung der Staatssicherheit“ zu Gefängnisstrafen verurteilt. Mahnwachen und Andachten an den Gräbern der Todesopfer werden verboten. Auch vor der Zerstörung oder Schändung von Gräbern schreckt das Regime nicht zurück.

Menschenrechtsverein für Migranten e.V. www.menschenrechtsverein.org

Postfach 102240 52022 Aachen

Telefon / Fax: 0241-5153504

Spendenkonto:

IBAN: DE07391629801631059011

BIC: GENODE1WUR VR-Bank eG

Spenden sind steuerlich absetzbar.

September 2023



Trauer um eine junge Mutter wird verboten

In der zentraliranischen Stadt Isfahan ist die Familie von Shirin Alizadeh andauernden Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt. Die 35-jährige Shirin Alizadeh wurde am 22. September 2022 von Regimetruppen erschossen. Sie befand sich zusammen mit ihrem Mann Kourosh Vaziri und ihrem siebenjährigen Sohn Daryoush in ihrem Wagen, als die Truppen wahllos auf Demonstranten und Passanten schossen.

Kourosh Vaziri fordert Gerechtigkeit für seine getötete Frau. Am 17. August 2023 wurde er nach einer Mahnwache am Grab seiner Frau vor den Augen seines Sohnes verhaftet und in das Dastgerd-Gefängnis von Isfahan verschleppt. Am 23. August wurde auch Shirin Alizadehs Schwester Nasrin in Isfahan verhaftet.



Kourosh Vaziri und sein Sohn Daryoush am Grab von Shirin Alizadeh

Warum musste unser Sohn sterben?

Auch die Familie Adinehzadeh, die nahe der nordostiranischen Provinzhauptstadt Mashhad lebt, wird von der Regime-Justiz verfolgt. Die Familie fordert Gerechtigkeit für den 17-jährigen Abolfazl Adinezadeh, der am 08.10.2022 während eines Protestmarsches in Mashhad aus nächster Nähe mit einer Schrotflinte erschossen wurde.

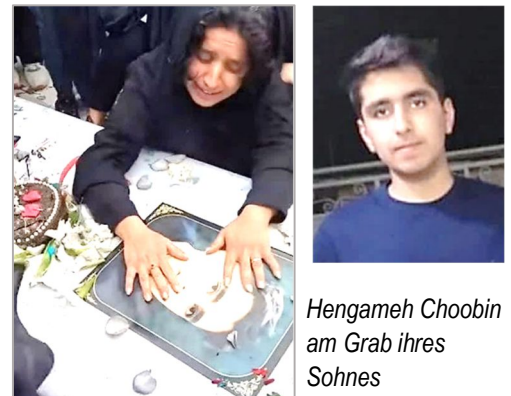


Die Familie versammelt sich immer wieder am Grab von Abolfazl (Bild rechts). Seine Schwester Marzieh trauert um ihren Bruder.

Die Eltern, die Schwester und weitere Angehörige der Familie Adinezadeh wurden mehrfach verhaftet und unter Gewaltanwendung daran gehindert, sich am Grab von Abolfazl zu versammeln.

„Sie wollen mich zum Schweigen bringen, weil ich Gerechtigkeit für mein ermordetes Kind fordere“

Der 17-jährige Artin Rahmani (Bild rechts) wurde am 16. November 2022 während einer Protestdemonstration in der südwestiranischen Stadt Izeh von Regime-Milizen erschossen. Seine Mutter Hengameh Choobin schrieb im Internet: „Das Regime hat meinen unschuldigen Sohn getötet, meinen Bruder und meine Verwandten inhaftiert und mich zur Staatsanwaltschaft vorgeladen, um mich zum Schweigen zu bringen, weil ich es gewagt habe, Gerechtigkeit für mein ermordetes Kind zu fordern. Die Menschen im Iran haben kein Recht zu protestieren. Jede Forderung nach Freiheit wird gewaltsam unterdrückt.“



Hengameh Choobin am Grab ihres Sohnes